



Änderung des Einreichers
zum Beschlussantrag Nr. BA-070/2021

an den **Stadtrat** zur Sitzung am 15.12.2021

Einreicher:

Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI,
Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen,
SPD-Fraktion, CDU Ratsfraktion

öffentlich gemäß § 37 SächsGemO

Gegenstand:

Soziale Nothilfe

Änderung (Ergänzung/Streichung/Ersatz durch Alternative)

Für die Verstärkung niedrigschwelliger und aufsuchender Wohnungslosen- und Suchthilfe in Verbindung mit freiwilligem Engagement im Coronawinter 2021/22 werden 30.000 Euro aus den Mitteln zur Förderung Freier Träger der Wohlfahrtspflege bereitgestellt.

Die zur Verfügung gestellten Mittel von maximal 30T Euro werden zur Erweiterung der Angebote im Jahre 2021 genutzt. Hierunter fällt u.a. auch die Erweiterung der Öffnungszeiten.

Die Stadtverwaltung entwickelt mit den Akteuren (Kältebus, Stadtmission-Haltestelle, Bahnhofsmision, Selbsthilfe 91-Wohnprojekt, Heilsarmee, Suchtberatungsstelle AWW, weitere Initiativen) einen kurzfristig umsetzbaren Plan für den Winter 2021/2022 zur Aufstockung der dringend notwendigen Hilfeleistungen.

Für das beginnende Jahr 2022 bis Ende März wird das Angebot aus dem Budget des Sozialamtes gedeckt.

Die handelnden Akteure werden verpflichtet, für den Zeitraum der Maßnahmen 2021 und 2022 einen Nachweis über die erbrachten Leistungen in einfacher, nachvollziehbarer Form zu erstellen.

Der Sozialausschuss wertet im März 2022 die Umsetzung des Beschlusses aus.

i.A. Susann Mäder, i. A. Stefan Kraatz, i.A. Lisa Runkel, i.A. Toni Kunert

Unterschrift